

ISOR aktuell

Nummer 11/2009 ★ 17. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ November 2009

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V

ISOR Vertreterversammlung

Am 6. und 7. November 2009 fand in Berlin die 5. Vertreterversammlung der ISOR e.V. statt. Der Versammlungsleiter Prof. Dr. Horst Bischoff begrüßte als Gäste

Leiter und ranghöchste Kommandeure der Organe, deren ehemalige Mitarbeiter sich in ISOR ihre Interessenvertretung in sozialen Fragen geschaffen haben, insbesondere aus dem Bereich der NVA Admiral a.D. Theodor Hoffmann, Generaloberst a.D. Fritz Streletz und Generalleutnant a.D. Manfred Grätz, aus dem Bereich des MdI und seiner Organe Generalleutnant a.D. Karl-Heinz Schmalfuß, Generalleutnant a.D. Dieter Winderlich, und Generalmajor a.D. Hartwig Müller, aus dem Bereich des MfS Generalleutnant a.D. Dr. Wolfgang Schwanitz und aus dem Bereich der Zollverwaltung der DDR Chefinspekteur a.D. Gerhard Stauch, sowie die Vertreter von Vereinen und Sozialverbänden, insbesondere den Präsidenten des OKV, Prof. Dr. Siegfried Mechler und den Vorsitzenden der GRH, RA Hans Bauer sowie den Vorsitzenden des Sprecherrates der IGA, Heinrich Tauchert und seinen Stellvertreter, Dr. Lothar Wellschmied. Der Präsident der GBM, Prof. Dr. Wolfgang Richter, übersandte eine Grußadresse.

Er konnte als Gäste auch Rechtsanwalt Benno Bleiberg und den Anwalt der IGA, Dr. Bernfried Helters begrüßen.

Der Vorsitzende Horst Parton zog im Rechenschaftsbericht des Vorstands eine Bilanz über die Arbeit in der abgelaufenen Legislaturperiode und gab eine optimistische Orientierung für die vor uns liegenden Jahre.

Die Vertreterversammlung leitet eine entscheidende Etappe unseres politischen und juristischen Kampfes ein.

Mit großer Freude nahm die Vertreterversammlung zur Kenntnis, dass in der Geschäftsstelle mit Stand vom 6.11.2009 Unterschriftenlisten mit insgesamt 72.554 Unterschriften zu unserer Sammelpetition eingegangen sind. Täglich erreichen uns weitere Zusendungen.

Die Vertreterversammlung bekräftigte die solidarische Verbundenheit mit linken Bewegungen und anderen Sozialverbänden sowie den Gewerkschaften.

Den Bericht der Revisionskommission erstattete deren Vorsitzender Manfred Krumbholz. Die Überprüfung des Finanzhaushaltes für die abgelaufene Wahlperiode bestätigte erneut die ordnungsgemäße und umsichtige Verwaltung

In den Vorstand wurden gewählt:

Horst Parton, Vorstandsvorsitzender
Prof. Dr. Horst Bischoff, stellv. Vorsitzender
Dr. Rainer Rothe, stellv. Vorsitzender
Hans-Peter Speck, Schatzmeister
Wolfgang Schmidt, Schriftführer
Willi Becker, Mitglied des Vorstandes
Dr. Gerhard Dylla, Mitglied des Vorstandes
Horst Eismann, Mitglied des Vorstandes
Siegfried Felgner, Mitglied des Vorstandes
Herbert Kranz, Mitglied des Vorstandes
Gerd Röseberg, Mitglied des Vorstandes
Dr. Rolf Scheffel, Mitglied des Vorstandes
Harry Thomas, Mitglied des Vorstandes
Manfred Volland, Mitglied des Vorstandes
Dieter Wittstock, Mitglied des Vorstandes

In die Revisionskommission wurden gewählt:

Manfred Krumbholz, Vorsitzender
Karl-Heinz Schwarzeit, Mitgl. d. Kommission
Paul Nimz, Mitgl. d. Kommission
Johannes Auerswald, Mitgl. d. Kommission

der Finanzmittel unseres Vereins.

An die Berichte schloss sich eine konstruktive Diskussion an, die von der Einheit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft Zeugnis ablegte. Es sprachen 16 Delegierte, Vertreter und Gäste zur Diskussion.

Der Revisionskommission und dem Vorstand wurde von der Vertreterversammlung Entlastung erteilt.

Der neue Vorstand und die Revisionskommission wurden von der Vertreterversammlung in großer Geschlossenheit gewählt.

Am Abend des ersten Tages begeisterte der Ernst-Busch-Chor Berlin mit seinem Auftritt die Delegierten und Gäste.

Entschliebung

der Vertreterversammlung der ISOR vom 6./7. November 2009

Die Vertreterversammlung hat die Arbeit unserer Organisation in der zurückliegenden Legislaturperiode erörtert, den eingeschlagenen Weg zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt und festgestellt, dass der politische und rechtliche Kampf konsequent weiterzuführen ist. Sie schätzt dabei die Größe und die Schwierigkeit der vor uns liegenden Aufgaben hoch ein, sieht zugleich aber trotz des hohen Alters vieler unserer Mitglieder die Alternativlosigkeit dieser Entscheidung, da Legislative und Exekutive bislang nicht gewillt sind, aus eigenem Entschluss die Wertneutralität des Rentenrechts in Deutschland wiederherzustellen.

Die Vertreterversammlung bekräftigt den Willen und die Entschlossenheit der Mitglieder, wie sie auch in den eindrucksvollen Ergebnissen

der Sammelpetition an den 17. Deutschen Bundestag zum Ausdruck kommen, die nunmehr seinem Petitionsausschuss gleich zu Beginn der Legislaturperiode unterbreitet werden sollen.

Im Ergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 ist die politische Führung in Deutschland weiter nach rechts gerückt und es beginnen sich deutlich – in den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU/FDP ablesbar – wirtschaftlich und politisch so genannte marktliberale Positionen durchzusetzen. Damit wird die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben weiter forciert, werden die Reichen weniger Steuern zahlen und die Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter auf die sozial Schwachen abgewälzt. Die Rentengarantie wird wieder zur Disposition gestellt. Die

wahlwerb wirksamen Rentenerhöhungen aus 2009 werden bereits im nächsten Jahr durch steigende Beiträge für die Kranken- und die Pflegeversicherung sowie durch Zuzahlungen für medizinische Behandlungen und Medikamente wieder aufgehoben. Es bleibt zu erwarten, dass die jetzt diskutierte Rentenangleichung Ost – West sich allenfalls als Nullsummenspiel darstellen wird, wie das die FDP bereits vor Jahresfrist programmatisch vorgelegt hatte. Befürchtungen weiteren massiven Sozialabbaus einschließlich zunehmender Altersarmut in Deutschland, die wir teilen, nehmen so reale Gestalt an.

Die seit Monaten zunehmend schamlosen Verleumdungen der DDR und ihrer Organe, die mit der empörenden Rede von Bundespräsident Köhler am 9. Oktober 2009 in Leipzig ihren vorläufigen Höhepunkt fand, lassen erahnen, dass die politische Führung in Deutschland auch weiterhin nicht gewillt ist, einen gesellschaftlich ausglei-

► ► ► Fortsetzung auf Seite 2

► ► ► Fortsetzung von Seite 1

chenden Kurs zu fahren und innenpolitisch weiter auf Polarisierung und Konfrontation politischer Kräfte setzt. Hiervon sind unmittelbare Einflüsse auch auf Entscheidungen und längst überfällige Problemlösungen zu solchen sozialen Fragen zu erwarten, für deren Lösung ISOR eintritt.

Zugleich mit dieser Verschärfung unserer Kampfbedingungen wird deutlich eine parlamentarische und außerparlamentarische Stärkung der linken Kräfte in Deutschland sichtbar. Das findet unübersehbar Ausdruck in der Stärkung der Partei DIE LINKE. im Bundestag, in Länderparlamenten und in vielen Kommunalvertretungen und deutet sich auch in ihrer kontinuierlich wachsenden Mitgliederstärke an. Unübersehbar wächst die außerparlamentarische Opposition sowie der Kampfeswille der Gewerkschaften gegen sozialen Kahlschlag und die Bereitschaft ihres Zusammenwirkens mit den Sozialverbänden. Die Aufgabe linker Bewegungen in Deutschland besteht unter diesen Bedingungen darin, die Aktionseinheit im praktischen Handeln unter Einschluss der Gewerkschaften und der Sozialverbände zu stärken. Wir rufen unsererseits unsere Mitglieder in der Partei DIE LINKE. sowie in anderen linken Parteien und Bewegungen auf und bitten sie, nach Maßgabe ihrer Kräfte beharrlich auf die Zusammenarbeit linker Parteien, der Gewerkschaften und der Sozialverbände zur Schaffung einer stabilen Aktionseinheit hinzuwirken.

ISOR unterstützt vorbehaltlos die konsequente Friedenspolitik der Partei DIE LINKE.. Sie erweist sich gegenwärtig in Programmatik und realer Gestaltung ihrer Politik als die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die jegliche Form von Gewalt und von Angriffskriegen ablehnt. ISOR begrüßt und unterstützt die umfassende

sozial- und gesundheitspolitische Programmatik und die damit verbundenen politischen Konzeptionen der Partei DIE LINKE., insbesondere ihren Kampf um höhere und gerechte Renten, die vor Altersarmut schützen. Wir empfinden die Erklärung ihrer Bundestagsfraktion bei Ablehnung ihrer 17 Anträge zur Überwindung von Rentennunrecht, Versorgungslücken und des Rentenstrafrechts als Wahlversprechen für die neue Legislaturperiode, diese Probleme auch künftig immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen und für ihre Lösung zu ringen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten von ISOR bleibt die Herbeiführung einer höchst richterlichen Entscheidung zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts und ihre adäquate Umsetzung in geltendes Recht. Mit neuen rechtserheblichen Tatsachen streben wir an, die tragenden Feststellungen in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1999 und 2004 zu § 7 AAÜG zu entkräften. Diesem Ziel dient die Unterstützung von Prozessführungen unserer Mitglieder vor einer größeren Zahl von Sozialgerichten aller Ebenen gegen die Regelungen des § 7 AAÜG. Parallel dazu sind die Aktivitäten für die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung auf der Grundlage des Urteils des Bundessozialgerichts vom 23.8.2007, wo möglich in enger Zusammenarbeit mit Initiativen in den jeweiligen Fachgewerkschaften und Verbänden fortzusetzen.

Die Vertreterversammlung beschließt, flankierende politische Aktivitäten vor allem auf folgende Richtungen zu orientieren:

- Erhalt unserer gegenwärtigen Mitgliederstärke und Werbung neuer Mitglieder als Basis der Wirksamkeit unserer Vereinsarbeit;
- Herstellung und Pflege solidarischer Arbeits-

beziehungen zu anderen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen sowie zu Gewerkschaften, aktive Arbeit in regionalen sozialen Bündnissen und demokratischen Parteien außerhalb des Deutschen Bundestages. Festigung und Ausbau persönlicher Kontakte zu Abgeordneten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die persönlich unsere Anliegen unterstützen, gegenwärtig jedoch noch nicht bereit sind, dafür auch aktiv zu werden;

► solidarische Einordnung der Zielsetzungen von ISOR im Kampf gegen das Rentenstrafrecht in die lange Liste aktueller sozialpolitischer Forderungen, insbesondere der Angleichung der Löhne, Gehälter und Renten zwischen Ost und West, der Einführung von Mindestlöhnen und einer Grundversorgung, der Abschaffung der Rente mit 67 sowie der Beseitigung des Hartz-IV-Unrechts;

► Unterstützung der zahlreichen Bemühungen, durch sachlich vorurteilsfreie Untersuchungen, Dokumentation und Publikationstätigkeit der immer intensiveren Verfälschung deutscher Geschichte, insbesondere der Geschichte der DDR und zur Kriminalisierung auch einzelner ihrer Organe – besonders ihrer Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane – entgegenzutreten, die vielfach zur Begründung politischer Ausgrenzung von Menschen und pauschal des Rentenstrafrechts dienen.

Wir vertrauen weiter auf die Einheit und Geschlossenheit unserer Mitglieder und Vorstände. Wir sind überzeugt von der Richtigkeit unseres rechtlichen und politischen Kampfes. Wir bauen auf die rechtlichen Argumente und die juristischen Fähigkeiten unserer Anwälte, die unseren Kampf um Rentengerechtigkeit begleiten.

Wir versichern allen anderen Sozialverbänden und regionalen Bündnissen auch weiterhin der Solidarität von ISOR im gemeinsamen Kampf. □



In der Geschäftsstelle gingen in den letzten Wochen viele Berichte über Aktivitäten und herausragende Beispiele der Einsatzbereitschaft einzelner Mitglieder ein, die nicht im Einzelnen veröffentlicht werden können.

Das ehrgeizige Ziel, mit mindestens 50.000 Unterschriften den Petitionsausschuss zu einer öffentlichen Anhörung zu veranlassen, wurde deutlich überboten. Das war nur durch den engagierten Einsatz vieler aktiver Mitglieder möglich, die damit die Mobilisierungskraft unseres Vereins dokumentiert haben. Ihnen gebühren Dank, Anerkennung und Respekt.



Gemeinsame Veranstaltung zum 60. Gründungstag der DDR mit dem RotFuchs-Förderverein, der GBM, GRH, der VVN-BdA, der antikapitalistischen Linken, der DKP und ISOR in Rostock

Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, sich an Hand der ausliegenden Bücher und Literatur mit den Zielen und der Tätigkeit der einzelnen Vereine vertraut zu machen. Andrang herrschte am ISOR-Stand, wo Oberst a. D. Artur Amthor fast 100 seiner Bücher »Ruhe in Rostock – Von wegen« auf Wunsch signierte.

Durch die aktive Arbeit mehrerer Freunde der TIG konnten bei dieser Veranstaltung weitere

70 Unterschriften für unsere Petition gewonnen werden, sodass wir bisher 2680 Unterschriften erreichten. Das sind 3,3 Unterschriften je Mitglied.

Das Referat hielt Prof. Dr. Siegfried Prokopp. Er ging auf die Entstehung beider deutscher Staaten ein, zeigte deren unterschiedliche Entwicklung.

Besonders interessant waren dokumentarisch dargestellte Hintergründe dieser Zeit. Im letzten Teil schätzte Prof. Prokopp kritisch die Entwicklung der DDR, besonders die der »Honecker-Ära«, ein. Im abschließenden Kulturprogramm der Hamburger Gruppe »RotDorn« wurden bekannte Kampflieder und linke Folklore geboten. Den Abschluss bildete die Verlesung einer gemeinsamen Willenserklärung der oben

► ► ► Fortsetzung auf Seite 3

genannten Veranstalter. In ihr wurden u.a. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, nach Friedenspolitik und nach Rückzug deutscher Soldaten aus dem Ausland gestellt. Die gemeinsame Zielstellung muss sein, die Kraft der Verbände unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit zu potenzieren.

Jürgen Darmer

★

In unserer Mitgliederversammlung der TIG Güstrow zog der Vorstand eine erste Bilanz über unsere Willensbekundung (s. **ISOR aktuell** 9/09). Der Vorsitzende Walter Krüger berichtete, dass von den 63 Mitgliedern bisher 290 Unterschriften für die Sammelpetition gesammelt wurden. Die Unterschriftensammlung führte zu vielen Gesprächen mit Bürgern, wobei im Ergebnis kaum ablehnende Haltungen zu den Forderungen nach Wertneutralität und Rentengerechtigkeit geäußert wurden. Selbst Bürger, die ISOR wenig kannten und auch nicht immer gut gesonnen waren, leisteten ihre Unterschrift.

Die teilnehmenden Mitglieder erklärten, dass sie auch bis zum 15. Oktober noch weitere Unterschriften sammeln werden.

Der Vorsitzende erläuterte, wie man nach der Entscheidung des Landes Brandenburg beim Versorgungsträger die Anrechnung von Versorgungsleistungen auf die Entgeltpunkte beantragen sollte. Von Amts wegen wird keine Regelung erfolgen. Der Vorstand wird sich nach der Bundestagswahl an den zuständigen Innenminister und weitere Politiker wenden, damit gleiche Regelungen in Mecklenburg/Vorpommern erfolgen.

Der Landesbeauftragte für Mecklenburg/Vorpommern ging ausführlich auf den Stand unseres juristischen Kampfes bis zum Bundesverfassungsgericht ein. Dieser muss gegenwärtig vor allem durch die breite Unterschriftensammlung für die Sammelpetition unterstützt werden.

Hans Wendt

★

Am 19. September 2009 fand die Mitgliederversammlung zur Wahl des neuen Vorstandes und der Revisionskommission in der TIG Wa-

ren/Röbel statt. Alle Mitglieder des bisher agierenden TIG-Vorstandes und der Revisionskommission wurden wieder gewählt. Der langjährige Vorsitzende Kurt Roß übt erneut die Funktion des Vorsitzenden aus. Als sein Stellvertreter wurde Horst Sager gewählt.

Der Vorsitzende gab einen Rückblick auf das bisherige Wirken der TIG und den weiteren juristischen und politischen Kampf von ISOR. In der Diskussion und in politischen Gesprächen wurde immer wieder betont, dass solidarisches Handeln, Kampfgeist und Zusammenhalt aller Mitglieder der Weg seien für den Erfolg.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Versammlung war die Berichterstattung des Vorsitzenden über den Stand der Unterschriftensammlung zu der Sammelpetition. Es wurde noch einmal aufgerufen, weitere Reserven zu mobilisieren. Genutzt wurden Veranstaltungen von befreundeten Parteien, Volkssolidarität, Kleingarten- und Garagengemeinschaften. Viele Freunde, Bekannte und Verwandte wurden mit einbezogen. Heute können wir voller Stolz berichten, dass von den 56 Mitgliedern unserer TIG 560 Unterschriften zu der Sammelpetition erreicht wurden, somit ein Ergebnis von 10 Unterschriften pro Mitglied. **Kurt Roß**

Bei anderen gelesen:

Koalition schwächt den Sozialstaat

»Der strukturelle Umbau bei Gesundheit und Pflege schwächt den Sozialstaat und fördert eine Entsolidarisierung in der Gesellschaft«, erklärte der Präsident des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, am Samstag in Berlin zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen. Er bezeichnete die Steuerentlastungen bei hoher Staatsverschuldung als »Quadratur des Kreises«, die durch höhere Belastungen in den sozialen Sicherungssystemen für die Beschäftigten ab 2011 gelöst werden solle. »Auf diese Weise werden die Lasten der Krise schrittweise der Bevölkerungsmehrheit aufgebürdet.«

Winkler bezeichnete die für 2010 geplante Entlastung der Familien durch höheres Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge als »teuer erkaufte«. »Denn sie wird von Entlastungen bei Unternehmens- und Erbschaftssteuern begleitet, die die Sparzwänge bei Bund, Ländern und Gemeinden verstärken und zumeist Einschnitte im sozialen Bereich zur Folge haben. So wird letztlich das Geld wieder bei den Bürgern eingesammelt. Um genau diese Entwicklung zu verhindern, hat sich die Volkssolidarität stets dafür eingesetzt, dass sehr große Vermögen und Einkommen stärker belastet werden. Diesen Schritt ist die Koalition nicht einmal im Ansatz gegangen.«

Winkler kündigte an, dass sich die Volkssolidarität gegen Leistungskürzungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Alterssicherung wehren wird. »Es ist ein Trugschluss, wenn die verstärkte Privatisierung der sozialen Sicherung als zukunftsfähiger Weg zur Bewältigung demografischer Anforderungen beschrieben wird. Eine vernünftige Entkopplung der Arbeitskosten von Gesundheits- und Pflegekosten würde darin bestehen, alle Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit mit allen Einkunftsarten an der Bewältigung höherer Anforderungen zu beteiligen. Stattdessen wird wieder die Flucht von Besserverdienern in die Private Krankenversicherung erleichtert. Dies sind Entscheidungen zum Nachteil der gesetzlich Versicherten.«

Die im Koalitionsvertrag enthaltene Ankündigung, in der kommenden Legislaturperiode das Rentenrecht in Ost und West zu vereinheitlichen, bezeichnete der Präsident der Volkssolidarität als »gute Ausgangsposition«. Dabei müsse jedoch klar sein, dass eine Vereinheitlichung der Rentenwerte nicht ohne einen leistungsrechtlichen Ausgleich bei den Bestandsrenten und den Rentenansprüchen der im Osten Beschäftigten erfolgen darf. Eine Festschreibung des Rückstandes von 11,3 Prozent beim Rentenwert Ost würde das Ziel des Einigungsvertrages verfehlen, in Ost und West gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

(Quelle: VS Presseinformation 69/2009)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 07.11.2009

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.11.2009

Einstellung im Internet: 4.12.2009

Auslieferung: 10.12.2009

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jede 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr